



Grüne Liste Bensheim - DIE GRÜNEN (GLB)

Wählergemeinschaft für Demokratie und Umwelt

STVV 17.12.20 Top: 16 Verwaltungsvorlage Kostensteigerung K 58 Märkerwaldstraße Gronau, Rede Wolfram Fendler

Sehr verehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Die Kosten für die Erneuerung der Märkerwaldstraße haben sich von geplanten 2,6 Mio. Euro im Dezember 2017 über 3,6 Mio. Euro im Dezember 2018 auf 5,8 Mio Euro im September 2019 erhöht. Wie wir jetzt erfahren, wurde vom KMB bereits im Herbst 2019 ein Auftrag erteilt, der die Kosten auf jetzt 7 Mio. Euro weiter hochtreibt.

Das ist ein großer Skandal!

Da die Redezeit heute jedoch sehr begrenzt ist und ich nicht weiß, ob sie mir reichen wird, um die Vorgänge im Detail zu beleuchten, hier zunächst die Zusammenfassung meiner Rede im Schnelldurchgang: Die Verwaltung hat uns heute eine Beschlussvorlage vorgelegt, mit der wir über die bereits bewilligten 5,8 Mio. Euro hinaus nachträglich einer weiteren Erhöhung der Kosten für die Erneuerung der Märkerwaldstraße in Gronau um 1,2 Mio. Euro zustimmen sollen. Wir lehnen dies ab.

Der KMB hat den Auftrag, der zu den Mehrausgaben führt, bereits im Herbst 2019 erteilt. Er hat, nach Abbruch der fehlgeschlagenen Spundwunderstellung, eine Ausschreibung für die Erstellung einer Bohrpfehlwand durchgeführt und diese zu 3.0 Mio. Euro statt der geplanten 1,8 Mio. Euro beauftragt. D.h. mit Mehrkosten von 1,2 Mio. Euro.

Ohne die Stadtverordnetenversammlung zu fragen. Nicht einmal informiert wurden wir über die Kostenüberschreitung. Jetzt, mehr als 12 Monate später, sollen wir diesen Auftrag nachträglich absegnen. Dieses Verhalten ist Ausdruck einer Missachtung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung. Wir halten uns an den Grundsatz: „Wer bestellt bezahlt“. Der KMB hat den Auftrag zu den Mehrkosten erteilt, ohne die Stadtverordneten um Genehmigung zu bitten. Deshalb muss der KMB diese Mehrkosten nun auch selbst tragen.

Die heutige Beschlussvorlage reiht sich ein in die katastrophale Gesamtentwicklung des Projektes. Sie ist zugleich ein Dokument der Geringschätzung und Missachtung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung. Wie die ganze Entwicklung des Projektes vom Ignorieren der Wünsche und Ratschläge der Bürger und ihrer Vertreter zeugt.

Sollte die Sanierung der Straße im Dezember 2017 noch 2,6 Mio. Euro kosten, so haben sich die Kosten über 3,6 Mio. Euro in 12/2018 und 5,8 Mio. Euro im September 2019 auf heute 7 Mio. Euro gesteigert. Und die Baumaßnahme ist noch nicht abgeschlossen. Außerdem wurde der ursprünglich geplante 4. Bauabschnitt aus der Planung herausgenommen.

Es handelt sich also nicht um einen einmaligen Fehler, sondern um eine Verkettung von Fehlern. Deshalb gilt es, den Fehler im System zu suchen und grundsätzlich abzustellen, damit sich so etwas nicht wiederholt. Unseres Erachtens liegt der grundsätzliche Fehler darin, dass der KMB für die Stadt plant, ohne selbst von den Folgen dieser Planung betroffen zu sein, da er alle Kosten von der Stadt erstattet bekommt. Die Stadt wiederum hat die fachliche Kompetenz aufgegeben, die erforderlich wäre, um die Planung zu beurteilen und Alternativen in Betracht zu ziehen.

Gleiches gilt für die Erteilung von Bauaufträgen und den Umgang mit Nachforderungen der beauftragten Bauunternehmen. Helfen kann nur, dass die Stadt sich diese Kompetenzen wieder verschafft und sich selber in die Lage versetzt, über Alternativen sinnvoll zu entscheiden und eigene Kosten-Nutzen Betrachtungen anzustellen.

Da ist Einiges schief gelaufen bei der Sanierung der Märkerwaldstraße. Der Ortsbeirat wünschte die Erneuerung der Deckschicht der vielfach geflickten Märkerwaldstraße, von der Kirche in östliche Richtung. Der KMB lehnte die Deckschichtsanierung ab. Er forderte eine grundhafte Erneuerung der Straße mit gleichzeitiger Erneuerung der Bachstützwand. Dazu sollten auch alle privaten Brücken über den Bach abgerissen und nach geltenden Sicherheitsvorschriften neu erstellt werden.

Aus der gewünschten Reparatur wurde so ein großes Neubauprojekt.

Mit der ersten Planung geht es weiter. Obwohl es nach dem Bodengutachten der Fa. WPW mit einer Schwergewichtsmauer eine kostengünstigere Alternative als die Einbringung von Spundwänden gab, die auch ohne Absenkung des Grundwasserspiegels hätte erstellt werden können, obwohl bei Probebohrungen dreimal der Bohrer im Fels abbrach und obwohl der KMB selber bei der Verlegung des Abwasserkanals in der Märkerwaldstraße Fels wegsprengen musste, entschied er sich, Spundwände als Ersatz für die Bachstützwand einrütteln zu lassen. Die Kosten für die gesamte Baumaßnahme einschließlich der Erstellung der Spundwand wurden im Dezember 2017 mit 2,6 Mio. Euro geplant.

Am 4. Dezember 2018 war Submission für die Baumaßnahme und am 15.02.2019 wurde der Auftrag an die Firma Schnorpfeil erteilt. Dabei waren die Kosten bereits auf 3,6 Mio. Euro gestiegen. Am 12. März war Kick-off der Baumaßnahme durch KMB und Fa. Schnorpfeil. Dabei eröffnete die Firma dem KMB, dass sie entgegen den Ausschreibungsbedingungen darauf bestehe, die gesamte Baumaßnahme nur unter Vollsperrung der Märkerwaldstraße durchzuführen.

Es geht mir hier nicht um die Frage, ob die Vollsperrung erforderlich war. Es geht mir darum, dass die Experten des KMB das hätten wissen und bei der Ausschreibung berücksichtigen müssen. Und wenn sie erst im Nachhinein von der Notwendigkeit erfuhren, die Ausschreibung hätten aufheben und neu ausschreiben müssen. Stattdessen akzeptierte der KMB diese grundlegende Abweichung von den Bedingungen der Ausschreibung, ohne eine Neuausschreibung durchzuführen und verteidigte sie als unausweichlich. Die Stadt hatte die Mehrkosten für das Anlegen und Unterhalten der Umleitungsstrecke zu übernehmen. Die Kosteneinsparungen aufgrund des Verzichts auf die Verkehrsführung durch die Baustellen gingen einseitig zu Gunsten des Bauunternehmens.

Am 05.08. 2019 berichtete der BA dann von dem, was kommen musste: „Maschinen beißen auf Granit“ titelte der Bergsträßer Anzeiger. Wie zu erwarten war und die Anwohner

vorhergesagt hatten, kann man Blech nicht in Felsen einrammen oder einrütteln. Auch dann nicht, wenn es sich um ziemlich dickes Blech in Form von Spundwänden handelt.

Weil es schon wieder Versuche der Legendenbildung gibt, ist an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass **nicht** der Wunsch der Anwohner dazu führte, dass bereits die erste Spundwand **nicht** eingebracht werden konnte, sondern ganz einfach der **Fels**, der dazu führte, dass die Spundwand am Greifarm des Baggers sich **stark verdrehte** und nur 1,20m tief in den Boden ging, obwohl der Einpressdruck weiter erhöht wurde, was man an dem **immer weiteren Verdrehen** der Spundwand erkennen konnte. Dabei war laut Herrn Fritz von der Messfirma der Wert schon auf 3,5 mm/s Erschütterung gestiegen, obwohl diese nur bis maximal 2,3 mm /s hätte betragen dürfen, um die Häuser nicht zu beschädigen. Es war der **Fels** und nicht der Messwert für die Erschütterungen und schon gar nicht die Rücksichtnahme auf die Sorgen der Anwohner, der das Einbringen der Spundwände verhindert hat.

Das Ganze wurde ein zweites Mal wiederholt, wieder mit überschrittenem Messwert, aber der **Fels** hat abermals verhindert, dass die Spundwand weiter eingebracht werden konnte, durch das **starke Verdrehen** der Spundwand. Noch im August wurden die Versuche zur Einbringung der Spundwand abgebrochen. Die Stadtverordnetenversammlung am 18. September 2019 akzeptierte zähneknirschend eine Erhöhung der Projektkosten auf nunmehr 5,8 Mio. Euro, einschließlich 1,8 Mio. Euro für das Erstellen einer Bohrpfahlwand anstelle der geplanten Spundwand.

Für uns Stadtverordnete schien der Kostenanstieg beendet. Der KMB wusste es schon bald besser, eine Genehmigung für die weitere Kostenerhöhung wurde aber nicht eingeholt, die Stadtverordneten nicht einmal informiert. Statt für die geplanten 1,8 Mio. erteilte der KMB den Auftrag für die Bohrpfahlwand nämlich kurz nach der Stadtverordnetenversammlung zu 3 Mio. Euro. Das sind die 1,2 Mio. Euro mehr, die wir heute nachträglich bereitstellen sollen.

Aber nicht nur dieser Umstand ist zu kritisieren. Die Umsetzung der Bauarbeiten stellten sich auch nach dem Verdrehen der Spundwände beim fehlgeschlagenen Versuch sie in den Untergrund zu bringen wie ein Stück aus dem Slapstick „Pleiten, Pech und Pannen“ dar. Anfang Oktober wurde mit der Erstellung der Bohrpfahlwand begonnen. Schon kurz nach Beginn wurde eine Bohrung direkt in den Abwasserkanal eines Anliegers gesetzt, obwohl dieser ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass genau dort wo gebohrt werden sollte, sein Abwasserkanal verlaufe. Über diese Bohrung wurde dann eine ganze Ladung Beton in das Abwassernetz eingebracht, die, als der Fehler bemerkt wurde, in größter Eile wieder entfernt werden musste. Als das Bachgeländer angebracht werden sollte, stellte sich heraus, dass ein mindestens 5 Meter langes Stück fehlte. Dieses wurde erst Wochen später nachgeliefert. Bei Aushubarbeiten stellten die Bauarbeiter fest, dass sie so dicht an der Grundstücksmauer eines Anliegers graben sollten, dass sie befürchten mussten, dessen Grundstücksmauer könne abstürzen. Daraufhin forderte der eilends hinzugerufene Planungsverantwortliche den Anlieger auf, unverzüglich auf eigene Kosten seine Grundstücksmauer entfernen zu lassen, andernfalls werde er mit den Stillstandskosten der Baustelle belegt. Die neuen Brücken über den Bach passten nicht zu der Höhe der neu gebauten Straße. 2 Brücken waren so falsch, dass sie noch einmal neu angefertigt werden mussten. **Sehr verehrte Frau Deppert, bevor sie mich unterbrechen, weil meine Redezeit abgelaufen ist, unterbreche ich hier meine Rede und komme zum Abschluss noch zu dem größten Gag:**

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen habe ich erfahren, dass die Firma Schnorpfel dem KMB bereits mit Regressansprüchen gedroht hat, sollte sie nicht auch noch den Auftrag für den vierten Bauabschnitt bekommen.